

# Extraktivismus: Eine sozioethische Perspektive

GERHARD KRUIP

## I. Einführung

Im Amazonasgebiet und in der Andenregion trägt der *Extraktivismus* erheblich zu steigenden sozialen Konflikten und zur Verschärfung der Umweltprobleme bei. Aber auch weltweit handelt es sich um eine problematische Wirtschaftsweise, weshalb sich der folgende Beitrag grundsätzlich diesem Thema widmet.

Der im Deutschen wenig gebrauchte Begriff *Extraktivismus* bezeichnete zunächst eine Wirtschaftsform, bei der Jäger und Sammler wild lebende Tiere oder Pflanzen und deren Früchte aus ihrer Umwelt entnehmen, um davon zu leben, ohne diese Umwelt maßgeblich zu verändern. Im Kontext der Kolonialgeschichte meint der Begriff die Ausbeutung von Rohstoffen durch Kolonisten, wobei die im primären Sektor geförderten Rohstoffe aus Landwirtschaft und Bergbau weder in den Kolonien blieben, noch dort weiterverarbeitet, sondern als Rohstoffe exportiert wurden, sodass von den damit geschaffenen Reichtümern kaum etwas in den Herkunftsregionen blieb. Allenfalls konnten kleine lokale Eliten davon profitieren. Auch nach dem Ende des kolonialen Zeitalters setzt sich diese Form in neokolonialen Strukturen fort. Von *Neo-Extraktivismus* wird heute dann gesprochen, wenn Regierungen den Rohstoffreichtum ihres Landes zur Armutsbekämpfung und zur allgemeinen Wohlstandssteigerung nutzen, aber weiterhin darauf verzichten, die Rohstoffe selbst zu verarbeiten oder zu veredeln. Während man dies früher eher so genannten *rechten* Regierungen zuschrieb, wird diese Kritik inzwischen auch gegenüber so genannten *linken* Regierungen ins Feld geführt.

Rohstoffe haben in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle gespielt. Sie waren entscheidende Faktoren wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung und oft genug Grund für kriegerische Konflikte. Die Entdeckung von Lagerstätten bestimmter Metalle und Erfindungen zu deren Verarbeitung haben ganzen Epochen den Namen gegeben (Bronzezeit, Eisenzeit). Mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft nahm die Bedeutung von Edelmetallen enorm zu. Die Gier nach Gold war eine der Haupttriebkkräfte der Kolonisation Amerikas.

Der Export großer Mengen Silbers aus Bolivien und Mexiko führte im 16. und 17. Jahrhundert in Europa zu steigender Inflation. Im 19. Jahrhundert waren Kohle und Stahl die wichtigsten Triebkräfte der industriellen Revolution. Im 20. Jahrhundert standen Erdöl und Erdgas im Zentrum der wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen und Konflikte. Im Zuge der Digitalisierung und der Transformation hin zur Dekarbonisierung der Wirtschaft werden Seltene Erden und die für Batterien so wichtigen Rohstoffe wie Lithium und Kobalt immer wichtiger. Aufgrund des weltweiten Wirtschaftswachstums und der globalen Bevölkerungszunahme haben der Abbau und die Verarbeitung von Rohstoffen in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen. Deshalb ist auch damit zu rechnen, dass einige Rohstoffe in den nächsten Jahren knapp und deshalb auch teurer werden.<sup>1</sup> Das gilt jedoch nicht für fossile Energieträger. Um der Erhaltung eines lebensförderlichen Klimas willen muss deren Nutzung drastisch reduziert werden, lange bevor die Vorkommen erschöpft sind.<sup>2</sup> Außerdem führt nicht nur der Verbrauch, sondern bereits die Förderung fossiler Energieträger zu solch gravierenden Umweltschäden, dass sie dringend durch nachhaltigere Energieträger ersetzt werden müssen, beispielsweise durch die Nutzung von Sonnenenergie, die ja oft gerade dort in hohem Ausmaß vorhanden ist, wo Erdöl oder Erdgas gefördert werden.

## II. Warum bleiben rohstoffreiche Länder oft arm?

Während viele reiche Industriestaaten wie zum Beispiel Deutschland oder Japan arm an natürlichen Ressourcen, aber trotzdem sehr wohlhabend sind, hat sich der Rohstoffreichtum für viele arme Länder als *Ressourcenfluch* erwiesen. Dies ist dann wenig überraschend, wenn die Rohstoffausbeutung von auswärtigen Mächten mit Hilfe kolonialer Mechanismen betrieben wurde. Aber auch ohne solche Abhängigkeiten ist Rohstoffreichtum keine Garantie für eine positive Entwicklung. Dieses Phänomen wird allgemein als »Holländische Krankheit«<sup>3</sup> bezeichnet, weil in den 1960er-Jahren in den Niederlanden nach der Entdeckung reicher Erdgasvorkommen die industrielle Produktion zurückging. Wenn ein Land durch hohe Rohstoffexporte Außenhandelsüberschüsse erzielt, führt dies zu einer realen Aufwertung seiner Währung und damit zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der übrigen heimischen Produktion auf den nationalen und internationalen Märkten. Vieles, was vorher im eigenen Land hergestellt wurde, wird nun eingeführt. Dies kann zu einem Verlust an Arbeitsplätzen führen, der durch den wenig arbeitsintensiven Rohstoffsektor nicht kompensiert wird. Sachs und Warner haben mit statistischen Methoden im weltweiten Vergleich einen recht eindeutigen Zusammenhang von hohem Rohstoffexportanteil und niedrigem Wachstum nachgewiesen.<sup>4</sup> Neuere Analysen verweisen darauf, dass insbesondere Erdölreichtum den Erhalt oder die Entstehung autoritärer Regime fördert, den Hang zur Korruption verstärkt und zu gewaltsamen Konflikten führt.<sup>5</sup>

Rohstoffexportierende Länder sind auch stark von den häufig schwankenden Weltmarktpreisen abhängig. Steigende Preise und damit steigende Staatseinnahmen verführen die Regierungen oft zu hohen Ausgaben und diejenigen, die im Land davon profitieren, zu steigendem Konsum, ohne dass dieses Wachstum wirklich nachhaltig wäre, während sinkende Preise zu massiven Konjunkturerbrüchen und dann steigender Staatsverschuldung beitragen. Verschärft werden die nachteiligen Effekte in rohstoffreichen Ländern, die – wie zum Beispiel Venezuela in Lateinamerika oder Nigeria oder Sambia in Afrika – nicht gut regiert werden, d. h. wenn Arbeitskräfte nicht vor Ausbeutung geschützt sind, freie Gewerkschaften nicht erlaubt sind, kaum eine effektive Umweltschutzgesetzgebung existiert, sozialstaatliche Schutzmechanismen für Arbeitslose und arme Menschen fehlen und Regierungsbehörden und Gerichte korrupt sind und deshalb Gesetze nicht wirklich angewandt werden. Es bleibt auch dann nur wenig Wertschöpfung im Land, wenn es dort nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte gibt oder das Kapital für lokale Investitionen fehlt, sei es, weil die inländischen Elitenkoalitionen das Geld, das sie durch den Rohstoffexport erwirtschaftet haben, lieber ins Ausland schaffen, sei es, weil ausländischen Kapitaleignern die Bedingungen für Investitionen in solchen Ländern zu unsicher erscheinen. Häufig führt der Rohstoffabbau zu lokalen Konflikten. Manche bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung wird durch den Export von Rohstoffen finanziert. Thomas Pogge hat herausgearbeitet, wie die wohlhabenden Länder und multinationalen Konzerne durch entsprechende Anreize die lokalen Eliten in den ärmeren Ländern dazu verleiten und mit ihnen dabei koalieren, die Rohstoffausbeutung so zu organisieren, dass sie zwar diesen Eliten, den reichen Ländern und den Konzernen, nicht aber den Armen zugutekommt (*Rohstoffprivileg*).<sup>6</sup> Selbstverständlich tragen auch die Konsumentinnen und Konsumenten in den reichen Ländern, aber auch in den Mittel- und Oberschichten der Schwellenländer durch ihre Nachfrage eine Mitverantwortung. Freilich handelt es sich nicht um einen Automatismus, der vom Rohstoffreichtum notwendigerweise zu Armut der großen Mehrheit der Bevölkerung führt. Viel hängt davon ab, ob es auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene eine gute Regierungsführung (*good governance*) gibt. Gute Politik, das zeigen viele Beispiele, kann einen Unterschied machen.<sup>7</sup>

### III. Neo-Extraktivismus am Beispiel Lateinamerikas<sup>8</sup>

Die starke Abhängigkeit vieler lateinamerikanischer Länder vom Rohstoffexport ist ein Erbe der Kolonialzeit, wurde aber auch seit der Unabhängigkeit Anfang des 19. Jahrhunderts im Interesse der Eliten vor Ort, transnationalen Konzerne und reicher Länder im Norden, insbesondere der USA und im Bergbausektor auch Kanadas, aufrechterhalten. Auch die zunehmende Entdeckung und Förderung von Erdöl und Erdgas (Mexiko, Venezuela, später auch Ecuador und Bolivien) fügten sich nahtlos in dieses Schema ein. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch, als in vielen Ländern linksgerichtete Regierungen an die Macht kamen

(Hugo Chávez 1999 in Venezuela, Luis Inácio Lula da Silva 2003 in Brasilien, Néstor Kirchner 2003 in Argentinien, Evo Morales 2006 in Bolivien und Rafael Correa 2002 in Ecuador), wurde versucht, durch eine höhere Abgabenlast auf die Rohstoffförderung, eine direkte Beteiligung von Staatsunternehmen, teilweise auch durch Nationalisierung der rohstofffördernden Unternehmen, einen größeren Anteil der Gewinne im Land zu behalten. Getrieben durch hohe Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten hat in vielen Fällen der Rohstoffabbau erheblich zugenommen. Ein Teil der höheren Staatseinnahmen wurde für Sozialprogramme verwandt, die der Armutsbekämpfung, gleichzeitig jedoch auch der Legitimitätsbeschaffung der jeweiligen Regierungen dienten. Tatsächlich gab es in den ersten Jahren dieser Regierungen auch hohe Wachstumsraten und in vielen Ländern ist die Armutsquote deutlich zurückgegangen. Es ist jedoch kaum gelungen, einen höheren Anteil der Wertschöpfungskette im Land zu halten und andere wirtschaftliche Bereiche weiterzuentwickeln. Der Anteil der Rohstoffexporte an allen Exporten liegt in vielen dieser Länder weiterhin bei über 90 Prozent. Deshalb hat sich der Begriff des *Neo-Extraktivismus* eingebürgert. »In dieser Hinsicht wird eine substantielle Veränderung deutlich. Denn die südamerikanische Linke kritisierte die extraktivistischen Enklavenökonomien in der Vergangenheit scharf, während sie diese heute als eine unverzichtbare Komponente für Entwicklung und Armutsbekämpfung verteidigt.«<sup>9</sup> Leider haben die anfangs vielversprechenden linken Projekte in den genannten Ländern aus verschiedenen Gründen in Sackgassen geführt, besonders dramatisch in Venezuela, dessen politische und wirtschaftliche Lage heute fast ausweglos erscheint und wo es den Menschen sehr viel schlechter geht als zu Zeiten »neoliberaler« Regierungen. Millionen haben das Land inzwischen verlassen.

Vorsichtig positiver ist die Lage in Bolivien zu beurteilen. Evo Morales (Movimiento al Socialismo – MAS) war der erste Präsident mit indigener Abstammung in einem Land, in dem die indigenen Gruppen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen.

Schon im ersten Jahr seiner Regierung erhöhte er die Abgaben, die die rohstoffabbauenden Firmen an den Staat zu entrichten hatten und *nationalisierte* die 1997 privatisierte Erdgasförderung. Dadurch und durch die hohen Erdölpreise auf dem Weltmarkt stiegen die Staatseinnahmen stark an und blieben 2006 bis 2013 über den Staatsausgaben.<sup>10</sup> Auch das reale Bruttoinlandsprodukt stieg von 2001 bis 2013, nur kurz unterbrochen durch den Einbruch auf Grund der Finanzmarktkrise 2009. Etwa im gleichen Zeitraum lagen die Exporte auch über den Importen. Nach wie vor aber machen Rohstoffe wie Erdgas, Erdöl, Erze und Metalle über 90 Prozent der Exporte aus, die angestrebte Exportdiversifizierung, die auch eine größere Unabhängigkeit vom Weltmarkt mit sich gebracht hätte, ist nicht erreicht worden. Nur sieben Prozent der Exporte bestehen aus verarbeiteten Produkten. Seit 2000 und dann vor allem während des Booms von 2006 bis 2013 ist es jedoch gelungen, die Armutsquote von 62,1 Prozent auf 26 Prozent im Jahr 2013 zu senken, was einen großen Erfolg auch der durch Morales in die Wege geleiteten sozialen Maßnahmen darstellt. Seither jedoch ist sie nur noch leicht auf 23,1 Prozent im Jahr 2018 gesunken.<sup>11</sup>

Weniger gut sieht die Bilanz in Fragen des Umweltschutzes aus. Viele, vor allem mit Schwermetallen hoch belastete Abraumhalden aus früherem Bergbau, sind weiterhin ungesichert. Es gibt große Zweifel, ob die rohstoffabbauenden Unternehmen und die noch weniger kontrollierten Bergbaugenossenschaften sowie der *schwarze* Bergbau in stillgelegten Bergwerken die Umweltgesetze, die ohnehin nicht sehr streng sind, wirklich einhalten. Besonders die wilde Gewinnung von Gold mit Hilfe von Quecksilber ist mit schweren Umweltschäden verbunden. Der Bau einer Verbindungsstraße zwischen dem Hochland und dem Tiefland durch den *Nationalpark und Indigenenschutzgebiet Isiboro-Secure (TIPNIS)* löste heftige soziale und politische Proteste aus und zeigte, wie wenig wichtig der Schutz der Umwelt für Evo Morales war, der sonst immer den Respekt vor der Mutter Erde im Munde führte. Große Hoffnungen setzt Bolivien auf den Reichtum an Lithium, das sich im Salzsee von Uyuni findet. Aber auch hier ist der Abbau mit Umweltproblemen verbunden und es ist alles andere als sicher, ob es gelingt, auch im Land selbst Batterien oder sogar Elektroautos zu produzieren.

#### **IV. Empfehlungen für eine nachhaltige Politik der Rohstoffausbeutung<sup>12</sup>**

Bei nicht erneuerbaren Ressourcen kann Nachhaltigkeit nicht bedeuten, nur von den *Zinsen des Naturkapitals* zu leben, denn dann dürfte man sie überhaupt nicht nutzen. Dies ist aber ethisch erlaubt, wenn den nachfolgenden Generationen dadurch zwar weniger Rohstoffe, dafür aber andere Güter hinterlassen werden, die den Nachteil kompensieren, also beispielsweise effizientere Technik, bessere Infrastruktur, bessere Bildung, stabilere soziale und politische Verhältnisse.<sup>13</sup> Die Umsetzung einer solchen gemäßigeren Nachhaltigkeitsforderung setzt keine Überwindung des Kapitalismus voraus, wie Gudynas behauptet.<sup>14</sup> Selbst wenn man meint, auf grundsätzliche Alternativen zum Kapitalismus hoffen zu können, haben wir nicht mehr die Zeit, so lange zu warten. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse lassen eine solche Abkehr vom Kapitalismus in weite Ferne rücken. Viel sinnvoller ist es, sich klarzumachen, dass es innerhalb des breiten Spektrums kapitalistischer Wirtschaftsformen und -politiken durchaus bessere und schlechtere Alternativen gibt.<sup>15</sup> Auch die Rede von einer *Postwachstumsgesellschaft* ist es nur dann sinnvoll, wenn damit die Reduktion des Umweltverbrauchs gemeint ist, während gerade bei einem sinnvollen Umbau in Richtung Nachhaltigkeit das Bruttoinlandsprodukt als Maß aller erbrachten Güter und Dienstleistungen weiterhin wachsen wird und auch wachsen sollte, um diese Transformation finanzieren zu können. Vor diesem Hintergrund können relativ konkrete und gut umsetzbare Maßnahmen ins Auge gefasst werden, die ich hier in sehr komprimierter Form zusammenstelle.

Weil die Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen in vielen Ländern ein absehbares Ende hat, ist es notwendig, schon heute dieses Ende zu antizipieren. Die Erträge des Bergbaus und aus dem Sektor der fossilen Brennstoffe, die derzeit vergleichsweise hohe Einnahmen hervorbringen, werden keine dauerhaften

Einnahmequellen sein, sondern nur für eine begrenzte Zahl von Jahren zur Verfügung stehen. Nimmt man das Prinzip der Nachhaltigkeit ernst, dann bedeutet es nicht den vollständigen Verzicht auf die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, sondern es verlangt, dass man die Einnahmen investiert für eine Zukunft, in der es sie nicht mehr geben wird. Daraus folgt zunächst, dass die dadurch generierten Einnahmen nicht allein privaten Unternehmen zugutekommen dürfen, sondern dass der Staat durch geeignete Steuern und Abgaben einen angemessenen Anteil bekommen muss. In der Vergangenheit ist dies wegen einer schädlichen Komplizenschaft zwischen privaten Unternehmen und dem Staat oft nicht der Fall gewesen. Gleichzeitig ist es jedoch wichtig, dass der regulatorische Rahmen für die Privatwirtschaft Anreize schafft, um die ökonomische Aktivität von Unternehmen attraktiv zu machen. Es muss nicht immer der Staat sein, der die Rohstoffförderung durchführt. Oft ist es leider so, dass staatliche Unternehmen wegen der Ineffizienz der Bürokratie und der Korruption weniger Überschüsse für den Staat erwirtschaften als die Privatunternehmen, wenn diese streng reguliert und gezwungen werden, die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern und Abgaben auch tatsächlich zu entrichten.

Wenn die Rohstoffausbeutung zu Einnahmen für den Staat führt, muss schließlich genau überlegt werden, wofür man sie verwendet. Vor allem sollten sie Investitionen für die Zeit nach dem Ende der Rohstoffförderung ermöglichen. Deshalb sollten sie vor allem in die Bildung von Kindern und Jugendlichen fließen, denn sie sind es, die in einer postextraktivistischen Zeit leben werden. Und nach allem, was wir über die Bedeutung von Bildung wissen, ist sie eine der wichtigsten Ressourcen für eine gerechte und dauerhafte Entwicklung.

Einnahmen aus der Rohstoffgewinnung sollten in eine nachhaltige Infrastruktur des Landes, vor allem in die Bereiche Verkehr und Kommunikation und in eine alternative Energieversorgung (Wind und Sonne) fließen. Um die *holländische Krankheit* zu vermeiden, ist es ausgesprochen dringlich, dass die Gründung von Unternehmen unterstützt wird, deren Produktion dazu dient, den Anteil der Wertschöpfung durch die Weiterverarbeitung von Rohstoffen zu erhöhen. Außerdem sollten Unternehmen gefördert werden, die Importe aus dem Ausland durch eigene Produkte ersetzen können und, noch wichtiger, die Exporte des Landes diversifizieren können, um von der einseitigen Ausrichtung auf den Rohstoffexport wegzukommen.

All dies bedeutet, dass die Einnahmen aus der Förderung nicht erneuerbarer Rohstoffe nicht für den unmittelbaren Konsum oder kurzfristige Aktivitäten und schon gar nicht für politische Propaganda verwendet werden sollten, welche nur der Legitimation der gerade regierenden Partei dient. Manche Staaten verwenden die Einnahmen dazu, Produkte, wie beispielsweise Benzin, die aus heimischem Öl hergestellt werden, stark zu subventionieren. Das mag der Armutsbekämpfung dienen, es impliziert aber sehr hohe Ausgaben des Staates und verhindert nötige Anreize, um Energie zu sparen und in ökologischere Technologien zu investieren. Außerdem bringt ein so hohes Maß an Subventionen die Gefahr mit sich, dass es zu harten politischen Protesten kommt, wenn eines Tages – und dieser Tag wird kommen – diese Subventionen reduziert

werden. Häufig werden die Einnahmen aus der Rohstoffgewinnung auch für direkte soziale Transferzahlungen verwendet, was aus der Perspektive der nötigen Armutsbekämpfung vorübergehend sinnvoll sein mag. Trotzdem hängt die Nachhaltigkeit von Transferzahlungen letztlich davon ab, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und Unternehmen auf lange Sicht Gewinn erwirtschaften und Steuern zahlen.

Da die Rohstoffausbeutung immer mit ökologischen Schäden und meist auch sozialen Problemen einhergeht, vor allem der Verschmutzung des Wassers und der Böden, dürfen die kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteile nicht höher veranschlagt werden als die langfristigen sozialen und ökologischen Schäden. Die ökologischen Kriterien dienen nicht nur der Erhaltung einer bestimmten Natur, sondern vor allem dazu, das Leben und das Wohlergehen künftiger Generationen nicht zu beeinträchtigen. Außerdem hat der Staat die Aufgabe, die Umweltschäden der Vergangenheit (zum Beispiel Abraumhalden von Bergwerken) zu beseitigen beziehungsweise die Firmen, die sie verursacht haben, zu einer entsprechenden Sanierung zu zwingen. Ein Spezialfall ist die hoch problematische Goldgewinnung in Brasilien, Peru, Bolivien und Ecuador, für die große Mengen an Quecksilber verwendet werden, die auf kurze und mittlere Sicht die Gesundheit der Bevölkerung und das ökologische Gleichgewicht gefährden. Hier ist es dringend nötig, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwendung dieses tödlichen Giftes zu verbieten.

Häufig lässt es sich nicht vermeiden, dass eine Rohstoffförderung mit Nachteilen für manche soziale Gruppen verbunden ist, während andere Sektoren und die Gesellschaft als ganze wichtige Vorteile haben. In solchen Fällen kann die Förderung legitim sein, wenn – und nur dann! – es angemessene Entschädigungen für die nachteilig Betroffenen gibt und deren fundamentale Rechte als Personen respektiert werden. Oft wird eine solche Entschädigung nicht gewährleistet und die fundamentalen Rechte, vor allem hinsichtlich der politischen Beteiligung und Anhörungsrechte, beispielsweise nach der ILO-Konvention 169, sind nicht ausreichend garantiert. Es ist nicht gerecht, wenn die Entschädigungen von der häufig sehr geringen Verhandlungsmacht der betroffenen Gruppen abhängen. Eine gerechte Entschädigung muss die Aufgabe und das Anliegen der gesamten Gesellschaft und der aktuellen Regierung sein. Das Gleiche gilt für die gerechte Verteilung der Einkünfte aus dem Bergbau an die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft sowie Regionen oder Teile des Landes. Es muss verhindert werden, dass einige Regionen im Übermaß davon profitieren.

Nicht erneuerbare Ressourcen müssen kein Fluch sein. Vielmehr hängen Vor- und Nachteile von der Fähigkeit der Regierung ab, den Rohstoffsektor gut zu planen und die Einnahmen effizient zu verwalten. Dies setzt voraus, dass die Staaten ihre institutionellen Schwächen überwinden und sich die politische Kultur weiterentwickelt. Das zentrale Problem liegt im Fehlen einer echten politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der besonders betroffenen indigenen Gruppen, an den politischen Prozessen und im fehlenden politischen Willen, eine solche Inklusion aller in eine neue Gesellschaft wirklich zu erreichen. Die Möglichkeit der politischen Beteiligung sollte nicht nur für

Parteien gewährleistet sein, sondern in gleicher Intensität auch für die Organisationen der indigenen Völker, der Kleinunternehmen und der Bauern, für Umweltorganisationen, Kirchen, Jugendorganisationen und viele andere mehr.

## V. Eine bloße Konsumethik wird nicht reichen!

Mark Kaufmann publizierte auf mashable.com eine interessante Analyse von Werbemaßnahmen des Ölkonzerns British Petroleum (BP).<sup>16</sup> BP hatte auf seiner Webseite einen Rechner bereitgestellt, auf dem individuelle Konsumenten ihren Kohlenstoff-Fußabdruck berechnen konnten. Kaufmann weist nach, dass BP von eigenem Verschulden abzulenken versuchte, indem es die Verantwortung für die Nutzung von fossilen Energieträgern den Individuen zuwies und gleichzeitig nahelegte, dass staatliche Maßnahmen nicht nötig seien. Das heißt aber nicht, dass die Konsumenten als Bürgerinnen und Bürger keine Mitverantwortung trügen. Zwar können sie als Konsumenten nur unter den Gütern auswählen, die ihnen angeboten werden, und dadurch nur sehr langsam neue Trends setzen. Meist müssen sie auch mehr Geld ausgeben, wenn sie in bestimmten Bereichen eine Vorreiterrolle einnehmen. Ein solches Engagement ist ethisch geboten und verdient hohen Respekt, aber allein durch veränderte Konsummuster werden sie das Ruder nicht herumreißen können. Vielmehr muss der Staat, oder besser noch, müssen die Staaten international koordiniert, eine konsequente Wirtschaftspolitik betreiben, die eine ökologisch problematische Nutzung von Rohstoffen durch Abgaben und Steuern bestraft, gleichzeitig aber den Rahmen für die Entwicklung von Alternativen durch ökonomische Anreize, klare und verlässliche Entscheidungen und die Förderung entsprechender wissenschaftlicher Forschung unterstützt. Dazu ist freilich politisches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern gefragt, die sich der weltweiten Zusammenhänge bewusst sind und sich auch dann engagieren, wenn die Probleme auf den ersten Blick weit entfernt (oder weit in der Zukunft) zu liegen scheinen. Es braucht den Druck von unten, wie es etwa die Bewegung der »Fridays for future« vorgemacht hat oder wie es von Nicht-Regierungsorganisation auch im Bereich Bergbau vorangetrieben wird, in Deutschland beispielsweise durch die Kampagne »Bergwerk Peru: Reichtum geht, Armut bleibt.«<sup>17</sup>

## Anmerkungen

---

**1** Einen guten allgemeinen Überblick vgl. Florian Neukirchen/Gunnar Ries, *Die Welt der Rohstoffe. Lagerstätten, Förderung und wirtschaftliche Aspekte*, Berlin/Heidelberg 2016.

**2** Vgl. Christophe McGlade/Paul Ekins, *The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2 °C*, in: *Nature* 517/7533 (2015), 187–190.

**3** Die Bezeichnung geht wohl zurück auf W. Max Corden, *Booming Sector and Dutch Disease Economics. Survey and Consolidation*, in: *Oxford Economic Papers* 36 (1984), 359–380.

- 4 Vgl. Jeffrey D. Sachs/Andrew M. Warner, *Natural Resource Abundance and Economic Growth*, in: National Bureau of Economic Research Working Paper Series 5398 (1995).
- 5 Vgl. Michael L. Ross, *What Have We Learned about the Resource Curse?*, in: Annual Review of Political Science 18/1 (2015), 239–259.
- 6 Vgl. Thomas Pogge, *Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen*, Frankfurt am Main/New York 2011, 205–210.
- 7 Für Lateinamerika vgl. etwa Juan Cruz Vieyra/Malaika Masson, *Transparent governance in an age of abundance. Experiences from the extractive industries in Latin America and the Caribbean*, Washington D. C. 2014.
- 8 Zum Folgenden vgl. insgesamt unsere Analyse zum Neo-Extraktivismus in Bolivien: Gerhard Kruip/Dietmar Müßig/Raphael Zikesch (Hg.), *Neo-Extraktivismus in Bolivien. Chancen, Risiken, Nachhaltigkeit*, Münster 2019. – Span. Ausgabe: *El Neo-Extractivismo en Bolivia. Oportunidades, Riesgos, Sostenibilidad*, Cochabamba (Bolivien) 2019. Wertvolle und aktuelle Informationen finden sich auch auf den Seiten der Fundación Jubiléo: <https://jubileobolivia.org.bo>.
- 9 Eduardo Gudynas, *Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen*, in: Kurswechsel 3 (2011), 72; vgl. ders., *Value, Growth, Development. South American Lessons for a New Ecopolitics*, in: Capitalism Nature Socialism 30/2 (2019), 234–243.
- 10 Vgl. hierzu Raphael Zikesch, *Die Generierung und Entwicklung der staatlichen Ölrente Boliviens zwischen 2006 und 2016*, in: Kruip/Müßig/Zikesch (Hg.), *Neo-Extraktivismus in Bolivien*, 99–108 und für die aktuelleren Daten das Länderprofil Bolivien des Statistischen Bundesamtes auf [https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender/Regionen/Internationales/Laenderprofile/bolivien.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender/Regionen/Internationales/Laenderprofile/bolivien.pdf?__blob=publicationFile).
- 11 Angaben auf Grundlage von Daten der Weltbank auf <https://www.macrotrends.net/countries/BOL/bolivia/poverty-rate>.
- 12 Ich verallgemeinere und fasse hier unsere abschließenden Empfehlungen zusammen, vgl. Kruip/Müßig/Zikesch, *Empfehlungen*, in: dies. (Hg.), *Neo-Extraktivismus in Bolivien*, 325–330.
- 13 Vgl. hierzu Gerhard Kruip, *Umweltethik und Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive*, in: Ralph Bergold/Jochen Sautermeister/André Schröder (Hg.), *Dem Wandel eine menschliche Gestalt geben. Sozialethische Perspektiven für die Gesellschaft von morgen*, Freiburg u. a. 2017, 319–332.
- 14 Vgl. Gudynas, *Value, Growth, Development*.
- 15 Klassisch dazu vgl. Michel Albert, *Capitalisme contre capitalisme*, Paris 1991.
- 16 Vgl. Mark Kaufmann, *The carbon footprint sham. A 'successful, deceptive' PR campaign*, online zugänglich unter: <https://mashable.com/feature/carbon-footprint-pr-campaign-sham/?europe=true>.
- 17 Siehe deren Webseite <http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/>.

## Der Autor

---

**Gerhard Kruip**, geboren 1957, ist Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Von 2000 bis 2009 war er Direktor des Forschungsinstituts für Philosophie in Hannover. Seine Hauptinteressen gelten der Bildungsgerechtigkeit, globalen Gerechtigkeit, Latein-amerikanischen Theologie, Arbeitsethik und Reformen in der Katholischen Kirche. Er ist Herausgeber der ET-Studies der European Association of Catholic Theology. Anschrift: Fachbereich 01, Universität Mainz, 55099 Mainz. E-Mail: [kruip@uni-mainz.de](mailto:kruip@uni-mainz.de).

---